

Was hat die NPD mit dem inneren Frieden zu tun?

von Andreas Bernig

Ende Juli 2007 entbrannte ein Streit zwischen Innenministerium und der Fraktion Die Linke im Brandenburger Landtag. Hintergrund war eine Pressekonferenz zu aktuellen Entwicklungen des Rechtsextremismus in Brandenburg und den Forderungen der Linken.

Wir mussten konstatieren, dass rechtsextremistische Gewaltstraftaten in Brandenburg zum, von uns betrachteten, Vergleichszeitraum des Vorjahres zugenommen haben. Nämlich von 23 im Jahr 2006 auf 30 in diesem Jahr, was eine Steigerung von 30% ist. Umgehend wurden diese Zahlen vom Innenministerium als falsch bezeichnet und das Gegenteil behauptet. Die rechtsextremistischen Gewaltstraftaten seien von 52 auf 36 gesunken, was eine Bestätigung für Brandenburgs Strategie konsequenter Repression, umfassender Aufklärung und breiter werdendem Bürgerengagements sei. Nun wollen wir diese Strategie der Repression, der Aufklärung und des Bürgerengagements nicht anzweifeln und schlecht reden. Es stellt sich nur die Frage, ob sie tatsächlich die behauptete Wirkung des Rückgangs politisch motivierter Straftaten, wie sie der Innenminister in seiner Presseerklärung vom 25. Juli 2007 feststellt, haben.

Erfolgsmeldung ohne Erfolg

Tatsache ist, dass sich Jörg Schönbohm die Zahlen zur rechtsextremistischen Gewaltkriminalität schön gerechnet hat. Er hat nämlich Äpfel mit Birnen verglichen, indem er vorläufige Zahlen aus diesem Jahr mit Entgültigen aus dem vergangenen Jahr verglichen hat. Einen seriösen Vergleich beider Jahre kann man aber erst nach dem Stichtag 31.01.2008 ziehen, wenn auch die entgültigen Zahlen für 2007 vorliegen. Jörg Schönbohm brauchte einfach im Sommerloch mal wieder eine Erfolgsmeldung ohne wirklich einschneidenden Erfolg zu haben.

Betrachtet man die Entwicklung der rechtsextremistisch motivierten Straftaten in den letzten vier Jahren, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Danach sind diese Straftaten von 923 im Jahr 2003 auf 1399 im Jahr 2006 kontinuierlich angestiegen. Die Gewaltstraftaten unterliegen Schwankungen, stagnieren aber auf hohem Niveau. So hatten wir im Jahr 2003 87, im Jahr 2004 105, im Jahr 2005 97 und im Jahr 2006 90 Gewaltstraftaten zu verzeichnen. Und beim bereits festgestellten Anstieg in den ersten 5 Monaten dieses Jahres wird sich an diesem Niveau wohl leider kaum etwas ändern. Im vergangenen Jahr sind 76 Menschen Opfer rechtsextremistischer Gewalt geworden, in den ersten 5 Monaten dieses Jahres waren es bereits 42.

Realistische Bewertung der Lage

Im Grunde genommen geht es nicht um einen Streit wegen der Zahlen, sondern um eine realistische Bewertung der Entwicklung der rechtsextremistischen Szene. Hier macht die NPD inzwischen den Vorreiter. Sie hat sich zur zentralen Kraft im rechtsextremen Spektrum der Bundesrepublik entwickelt. NPD und militante Nazistrukturen haben sich besonders im Osten zu einer echten Gefahr für die Gesellschaft entwickelt. So haben sie u.a. im „Kampf um die Parlamente“ Boden gut gemacht. Das zeigt der Einzug der NPD in die Landtage von Sachsen (9,2%) und Mecklenburg-Vorpommern (7,3%), in 3 Berliner Bezirksverordnetenversammlungen sowie mit 13 Abgeordneten in 7 Landkreise in Sachsen-Anhalt (zwischen 2,3% bis 4,7%, bei einer Wahlbeteiligung von nur 36,5%).

In Brandenburg hat die NPD ihre zeitweisen Schwächung nach dem geschlossenen Austritt des Kreisverbandes Prignitz-Ruppin im Jahr 2004 offenbar überwunden. Ihre Mitgliederzahl ist von 190 auf ca. 230 gestiegen, im Dezember 2006 erfolgte die Gründung des Kreisverbandes Barnim – Uckermark und Anfang 2007 wurden zwei neue Ortsbereiche gebildet. In Vorbereitung auf die Kommunalwahlen nehmen die Aktivitäten der NPD vor Ort zu.

Ihre öffentlichen Auftritte durch Info-Stände, Demonstrationen, Mahnwachen, Sportveranstaltungen etc. nehmen zu. Der Landesverband ist bestrebt in allen 5 Kreisverbänden Regionalzeitungen herauszugeben und mit Briefkastenwerbung und Flugblattaktionen schon jetzt Wählerpotenzial zu gewinnen. Erklärtes Ziel ist es 2008 in möglichst vielen Kommunen zu den Kommunalwahlen anzutreten, Mandate zu gewinnen und so die Grundlage für die erfolgreiche Teilnahme an den Landtagswahlen 2009 zu schaffen.

Die Kommunalpolitische Vereinigung der NPD intensiviert ihre Schulungstätigkeit für Mandatsträger, Neuparlamentarier und zukünftige Wahlkandidaten. Die intensive Suche nach einem geeigneten Schulungs- oder auch Versammlungsobjekt in der Prignitz, in Oberhavel oder in Oder-Spree unterstreichen diese Aktivitäten.

Der Rechtsstaat kann nicht alles – entscheidend ist die politische Auseinandersetzung!

Natürlich muss man auch alle vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um den Erwerb und die Nutzung einer Immobilie durch die NPD zu verhindern. Aber der entscheidende Ansatz ist die politische Auseinandersetzung mit solchen Bestrebungen.

Es muss darum gehen vor Ort alle demokratischen Kräfte zu Bündeln um den Nazis zu sagen: Wir wollen keine politische Partei, die die Möglichkeiten des Rechtsstaates und der Demokratie schamlos ausnutzt um diese letztlich ab zu schaffen. Nicht in Kleinow, nicht in Borgsdorf, nicht in Rauen und an keinem anderen Ort in Brandenburg.

Jede Aktivität der NPD und ihrer Anhänger muss öffentlich skandalisiert werden. Welche Gegenmaßnahmen durch die demokratischen Bündnisse getroffen werden, kann höchst unterschiedlich sein und muss vor Ort entschieden werden. Da kann man den öffentlichen Protest wie in Kleinow organisieren, man kann alle Kneipen im Ort besetzen wie in Schöneiche, damit eine Gründungsversammlung der NPD nicht stattfinden kann, oder man kann auch den Versuch unternehmen einen Aufmarsch zu ignorieren und der NPD die kalte Schulter zu zeigen wie in Cottbus. Was wir nicht können ist uns über die Maßnahmen zu zerstreiten und in wirkliche und unwirkliche oder wahre und unwahre Antifaschisten ein zu teilen. Wir sollten aus der Geschichte gelernt haben, dass diese Uneinigkeit mit dazu beigetragen hat, dass die Nazis 1933 schließlich die Macht ergreifen konnten.

Jenen, die gerne Rechtsextremismus und Linksextremismus in einen Topf hauen sagen wir: Die Linke ist gegen jeden Extremismus und steht auf dem Boden des Grundgesetzes. Ihr solltet aber auch zur Kenntnis nehmen, dass das Grundgesetz in seinem Grundanliegen zwar antifaschistisch nicht aber antisozialistisch ist. Das ist ein bedeutender Unterschied!

Fazit

Trotz harter Repressionsarbeit gegen offene neonazistische und gewaltbereite Kräfte, trotz Verbot neonazistischer Kameradschaften, trotz vielfältiger zivilgesellschaftlicher Initiativen und ihre Bündelung im „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ auf Landesebene, trotz des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung, die allesamt nicht gering geschätzt werden dürfen, setzen rechtsextremistische Kräfte ihre Aktivitäten fort, bauen sie weiter aus und finden einen Nährboden dafür.

Es bedarf der weiteren Intensivierung aller Anstrengungen und neuer Überlegungen um dem zu begegnen.

Entscheidend ist, dass die Bekämpfung des Neofaschismus und Rechtsextremismus eine Alltagsaufgabe für alle Demokraten besonders vor Ort aber auch in allen gesellschaftliche Bereichen ist. Dabei stehen Aufklärung, Bildung und Wertevermittlung an Hand der Verfassung im Vordergrund.

In jeder Kommune brauche wir Programme zur Prävention und Aktion um rechtsextremistischen Aktivitäten frühzeitig zu begegnen. Hier ist auch das Land weiter gefordert um jene Kommunen zu unterstützen, die nicht an den Bundesprogrammen „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ sowie „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus“ partizipieren. Die Demokratie vor Ort muss für die Bürger wieder erlebbarer gemacht werden. Die Bildung von Netzwerken aller Beteiligten kann dazu einen Beitrag leisten. Nicht zuletzt muss auch der Rechtsstaat weiter gestärkt werden. Wir brauchen die Aufnahme des Verbots der Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankengutes in das Grundgesetz und in die Verfassung des Landes Brandenburg um den Gegnern dieser Verfassungen Einhalt zu gebieten.